



Betriebsräte bei Bosch in Göttingen (von links): Georg Mews, Cornelia Vollbrecht, Martin Aschemann, Ulrich Seek, Gerald Hennecke, Till Pahmeier und Manfred Hund. Nicht im Bild: Bernd Lehr, André Merder, Tino Reinhardt, Rüdiger Richter und Nadine Sander.

Fotos: Vogelsang

Die IG Metall fordert ein langfristiges Standortkonzept

Der Bosch-Konzern will im Werk Göttingen 260 von 550 Arbeitsplätzen abbauen

Der Bosch-Konzern hat im Juni bekanntgegeben, dass im Werk Göttingen 260 Arbeitsplätze »sozialverträglich« abgebaut werden. Das Werk sei nicht mehr wettbewerbsfähig aufgrund der hohen deutschen Lohnkosten im Vergleich zu Osteuropa.

In Göttingen werden gebrauchte Fahrzeugteile wieder instand gesetzt und auf Erstausrüstungsniveau gebracht, das sogenannte »Remanufacturing«. Ziel des Konzerns sei es, den Standort nicht aufzugeben, sondern aufzuwerten, verspricht das Management.

Das heutige Leitwerk für Instandsetzung solle technisch höherwertige Erzeugnisse über den Auto-

motivbereich hinaus bearbeiten. Betriebsratsvorsitzender Till Pahmeier, 34: »Bisher fehlen hierfür schlüssige Konzepte«. Erste Anläufe für neue Erzeugnisse wie die Aufbereitung von Turboladern sind gescheitert.

»Das ist es nicht allein«, so Georg Mews, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. »Der Konzern hat zwar investiert, aber nicht in Innovation. Auch gab es bisher nie ein Qualifizierungsprogramm, sodass im Zuge der Digitalisierung sogar unsere Fachkräfte Schwierigkeiten bekommen werden.«

»Zudem liegt der Altersdurchschnitt der Belegschaft bei 50 Jahren«, berichtet Cornelia Vollbrecht, 55,

Schwerbehindertenvertreterin.

»17 Prozent der Beschäftigten sind schwerbehindert oder gleichgestellt, weil sie sich kaputt gearbeitet haben.« Für die Betroffenen fehlen Einsatzmöglichkeiten. Auch das Thema altersgerechte Arbeitsplätze wurde nie umgesetzt, obwohl die Betriebe der Werke Gesamtbetriebsvereinbarungen abgeschlossen haben.

Seit Sommer laufen Gespräche zwischen der IG Metall und dem Konzern. »Es wird unter diesen Bedingungen eine Herausforderung, den Standort neu aufzustellen. Es gibt erste Ansätze«, erläutert Manfred Zaffke von der IG Metall. »Es muss ein Zukunftspaket für den Standort über 2020 hinaus geben, das den Beschäftigten Planungssicherheit gibt.«



Neue Betriebsratspitze in Göttingen: Till Pahmeier als Vorsitzender und Georg Mews als stellvertretender Vorsitzender.

Chronik des Personalabbaus

1960-62: Gründung des Bosch-Werks in Göttingen.

1972: 1750 Beschäftigte.

1974: 2029 Beschäftigte.

1985: 1990 Beschäftigte.

1990: 1541 Beschäftigte.

Seit 1991: »sozialverträglicher« Abbau in Etappen: Altersteilzeit, Vorruhestand, Abfindungen.

2011: 800 Beschäftigte.

2012: 690 Beschäftigte.

2013: erstmals werden betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen, 690 Beschäftigte.

2014: 630 Beschäftigte.

2015: 590 Beschäftigte.

Nov. 2016: 550 Beschäftigte, davon 320 in der Fertigung und 230 in produktionsnahen Bereichen sowie in der Verwaltung. Geplant ist ein weiterer Abbau von 260 Beschäftigten bis 2020. Die Aufbereitung der Starter und Generatoren soll in Werke in der Ukraine und Slowakei verlagert werden.

»Die Verlagerungen aufgrund der Dumpinglöhne in Osteuropa können wir nicht verhindern. Wir sind aber im Dialog mit Bosch über eine Neuausrichtung des Standorts Göttingen. Zukunftssicherung nur mit Stellenabbau ist für uns keine Option. Wir fordern ein solides Zukunftspaket mit sicheren Arbeitsplätzen über 2020 hinaus.«



Manfred Zaffke, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Süd-Niedersachsen-Harz